

Die kognitive Gesellschaft : Herausforderungen an das Berufs- und Weiterbildungssystem

Autor(en): **Sigerist, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **79 (2001)**

Heft 1

PDF erstellt am: **13.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341601>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die kognitive Gesellschaft

Herausforderungen an das Berufs- und Weiterbildungssystem

Studien und Statistiken der Arbeitsmarkt- und Bildungsforschung untermauern unsere eigenen Beobachtungen: Die beschleunigte Entwicklung zur «kognitiven Gesellschaft» verlangt neue und mehr

Peter Sigerist

Kompetenzen für alle ArbeitnehmerInnen. Die kognitive Gesellschaft läuft Gefahr, die Spaltung in Wissende und Unwissende zu vertiefen¹. Die Vermittlung von vermehrt wissensbasierten gegenüber primär praktischen Fertigkeiten sowie die Vermittlung und Selbstentwicklung von Grund- oder Schlüsselkompetenzen gegenüber spezifischen Fachkompetenzen gewinnen an Bedeutung. Die einmal erlernten Grundkompetenzen bedürfen der fast ununterbrochenen Erneuerung und Weiterentwicklung – das Fördern der Kompetenzen aller, das lebenslange Lernen für alle wird zum bildungspolitischen Axiom.

Die Vermittlung der notwendigen Kompetenzen an zwei Lernorten – Berufsschule und Betrieb – führt bei jeder neuen Herausforderung an das berufliche Bildungssystem zum Konflikt zwischen der primären Wirtschaftsförderung und der primären Bildungsförderung der Einzelnen. Die unter dem Eindruck der Beschäftigungskrise und der neoliberalen ideologischen Offensive der neunziger Jahre realisierten oder angestossenen Bildungsreformen werden vorab wirtschafts- und wettbewerbspolitisch begründet. Das Erreichen und Erhalten der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe sowie der Arbeits-

markt- und Beschäftigungsfähigkeit der ArbeitnehmerInnen stehen im Zentrum. Jede Reform des Bildungssystem messen die Gewerkschaften aber an ihrem Gehalt zur Erreichung und Erhaltung der Gesellschaftsfähigkeit aller. Jeder Teil unseres Bildungssystem muss die Entwicklung und Förderung der «freien Persönlichkeit, die ihre Existenz zu führen weiss, und die sich zu allem, was sie betrifft, selbstbewusst und eigenständig zu verhalten vermag»² beinhalten und darf sich nicht nur auf die externen Bedürfnisse des Marktes oder der Arbeitswelt beschränken.

Lehrstellenmarkt: Probleme bleiben

Wurde noch 1997/98 unter dem Eindruck des Lehrstellenmangels eine breite öffentliche Bildungsdiskussion geführt, ist diese inzwischen abgeflaut. Der wirtschaftliche Aufschwung, aber auch die Wirkungen der Massnahmen im Rahmen der beiden Lehrstellenbeschlüsse signalisieren zwar eine Verbesserung, längst aber keine nachhaltige Lösung der Probleme. Die Zahlen des Lehrstellenbarometers vom August 2000 müssen ohnehin mit grösster Vorsicht betrachtet werden. Die Unterschiede zwischen den auf Umfragen hochgerechneten Angeboten und den effektiv registrierten Lehrverträgen sind gross und wachsend³. Die mit dem Mangel an Ausbildungsplätzen verbundenen verschärften betrieblichen Selektionsmechanismen haben wiederum den Kindern der Mig-

² Georg Kohler: NZZ vom 10.4.00

³ Zentrale Eckwerte und Trends im «Lehrstellenbarometer»: 1998: Lehrstellenbarometer 71 500 Lehrverträge, effektiv abgeschlossene Lehrverträge Ende Jahr gemäss Bundesamt für Statistik: 69 354; 1999: 75 500 bzw. 69 580; s. www.berufsbildung.ch/lehrstellenbarometer.

¹ Weissbuch der EU-Kommission: Lehren und Lernen, 1996.

rantInnen die kleinsten Chancen gegeben: Die Migrationsjugendlichen haben nur zu 58 Prozent gegenüber den Schweizerinnen mit 82 Prozent eine Lehrstelle gefunden, bei den jugendlichen Migrationsfrauen sind es sogar nur 52 Prozent!

Die laufenden Reformen

Die Notwendigkeit einer postobligatorischen Bildung ist unbestritten.

Zu den positiven Aspekten des neuen Berufsbildungsgesetzes (nBBG) zählen folgende Punkte:

- Die Bundeskompetenz führt zur Homogenisierung der Sekundarstufe II über die vertikale und horizontale Durchlässigkeit.
- Die Förderung der Betriebsverbände sollte das quantitative Angebot anheben.
- Die Einführung der Berufsfachschulen im Rahmen des dualen Systems antwortet insbesondere auf die Bedürfnisse der Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT-)Branche.

Die bereits eingeführte Berufsmaturitäts- und Fachhochschulreform, die Lehrstellenbeschlüsse 1 und 2 sollten zusammen mit dieser Berufsbildungsgesetzreform zu einer Attraktivierung der beruflichen Bildung führen.

Dieser Einschätzung steht allerdings die Beschränktheit der nBBG-Reform entgegen:

- Ein Recht auf einen Bildungsgang der Sekundarstufe II wird explizit abgelehnt (Botschaften des Bundesrates zur Lehrstellen-Initiative und zum nBBG).
- Die Finanzierungsvorschläge des Bundesrates fallen sogar hinter die Vorschläge der Expertenkommission, die den Vernehmlassungsentwurf des nBBG erarbeitet hatte, zurück. Gemäss Bundesrat soll der Bund nicht die Möglichkeit haben, Berufsbildungsfonds zu initiieren.
- Die Weiterbildung wird begrifflich (berufsorientiert) zu eng gefasst, so dass sie

im Widerspruch zur Zielsetzung steht, das lebensbegleitende Lernen gerade für die bildungsfernen Schichten zugänglich zu machen.

- Die Kantonalisierung der Laufbahnberatung (Berufsberatung) steht im Widerspruch zur wachsenden Aufgabe professioneller und auch europaweit vernetzter Beratung⁴.

Vorschläge und Forderungen des SGB

Die Notwendigkeit einer postobligatorischen Bildung ist allgemein unbestritten. Sie wird inzwischen als Etappe der Grundbildung eines jeden Menschen bezeichnet. Weil der Bundesrat weder das Recht auf diese postobligatorische Bildung festschreiben noch eine genügende Finanzierung der neuen Herausforderungen der beruflichen und der Weiterbildung vorschlägt, hält sowohl der SGB als auch das Initiativkomitee an der eidgenössischen Volksinitiative für ein ausreichendes Berufsbildungsangebot (Lehrstellen-Initiative lipa) fest, wenn es in der parlamentarischen Behandlung des nBBG nicht gelingen sollte, diese zentralen Postulate zu integrieren.

Trotz den beiden Lehrstellenbeschlüssen (LSB 1: 60 Mio., LSB 2: 100 Mio.) konnten im Bereich der Integration der Kinder der MigrantInnen nur geringe Fortschritte erzielt werden. In diesem Bereich herrscht weiterhin grosser Handlungsbedarf. Der auf vier Jahre angesetzte Lehrstellenbeschluss 2 ist bereits nach einem Jahr praktisch erschöpft⁵. Bereits sechs Monate nach dem Beschluss wurden Projekte mit über 100 Millionen Gesamtsumme beim BBT eingereicht. Allerdings hatten in diesem «Projektwettbewerb» die von der Wirtschaft hartnäckig geforderten ICT-Berufsförderungen viel bessere Chan-

⁴ «Lernen in unserer Zeit», 12/00, www.trainingvillage.gr/etv/policyreport/summaryDE.asp und www.svb-asosp.ch/framebaseforum_d.html.

⁵ siehe www.lehrstellenbeschluss2.ch, Stand der Projektscheide.

cen als jene nur zögerlich entwickelten Integrationsprojekte. Die boomende ICT-Branche wird denn erneut über den LSB 2 hinaus Mittel für Umschulungen und die Weiterbildung des ICT-Lehrkörpers erhalten.

- Angesichts dieser Entwicklung fordert der SGB die Vorbereitung eines neuen Beschlusses im Ausmass des vorgesehenen ICT-Beschlusses (60 Mio.) zur speziellen Förderung von Integrationsprojekten für die Kinder der MigrantInnen in der beruflichen Grund- und der Weiterbildung.
- Im Bereich der Weiterbildung setzt sich der SGB im Rahmen des neu geschaffenen «Forum Weiterbildung Schweiz» dafür ein, dass sich der Bund sowohl ordnend und real fördernd engagiert, d. h. dass er auch hier sein finanzielles Engagement erweitert und – entgegen

seinen Absichten im «Bericht über Elemente einer Bundespolitik für die Weiterbildung in der Schweiz» – eine erneute Weiterbildungsoffensive startet und Mittel im Rahmen des Lehrstellenbeschlusses 1 dazu zur Verfügung stellt.

- Der SGB erwartet vom Bundesrat die positive Beantwortung des parlamentarischen Vorstosses von 1996 (!) von Paul Rechsteiner, der die Einführung des bezahlten Bildungsurlaubs fordert. Und der SGB erwartet vom Bundesrat auch die Unterschrift der Schweiz unter das «Übereinkommen über den bezahlten Bildungsurlaub» (Übereinkommen 140 der Internationalen Arbeitskonferenz vom 5. Juni 1974).

Peter Sigerist ist SGB-Berufsbildungssekretär.
--